



10.05.2007, 00:00

«Ein Gewinn für die Demokratie»

Mit 16 an die Urne? Dies könnte im Kanton Bern schon bald Wirklichkeit werden. Die Meinungen darüber sind allerdings geteilt. Und es sind keineswegs vor allem die Jungen, die sich für die Idee begeistern.

Mit 16 an die Urne? Dies könnte im Kanton Bern schon bald Wirklichkeit werden. Die Meinungen darüber sind allerdings geteilt. Und es sind keineswegs vor allem die Jungen, die sich für die Idee begeistern.

Thomas Uhland

Am letzten Sonntag haben die Glarnerinnen und Glarner an der Landsgemeinde den 16- und 17-Jährigen das Stimm- und Wahlrecht gewährt. Eine richtungsweisende Entscheidung, denn der Regierungsrat des Kantons Bern möchte, dass auch hier das Stimm- und Wahlrechtsalter in Kantonsangelegenheiten auf 16 Jahre gesenkt wird. Damit nicht genug. Um den jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern den Start in die Politik zu erleichtern, soll der Staatskundeunterricht gefördert werden.

«Das Stimmrechtsalter 16 wäre für die Demokratie ein Gewinn», sagt die Initiantin des Vorstosses, Grossrätin Nadine Masshardt, Jungsozialistin aus Langenthal. Während ihrer Zeit am Gymnasium hätten sie und ihre Kommilitonen oft über politische Themen diskutiert und Podien veranstaltet, sagt die 22-jährige Jungpolitikerin, die seit vergangenem Sommer im Grossen Rat sitzt. «Und am Schluss konnten wir nicht abstimmen.»

«Keine Ahnung von Politik»

Das BT wollte es genau wissen und besuchte eine Klasse von Gärtnerlehrlingen am Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Lyss. «Keine Ahnung von Politik» hat die 17-jährige Raisa Binggeli. «Doch wenn man abstimmen könnte, würde man sich auch dafür interessieren.» Marc Rohrer (17) fände ein tieferes Stimmrechtsalter gut, denn «wer sich interessiert, geht an die Urne, die anderen bleiben einfach zu Hause.» Tobias Houmard (17) hingegen befürchtet unrealistische Abstimmungsergebnisse, weil Jugendliche manches noch nicht bedächten.

Der 18-jährige Thierry Meyer hat bereits Erfahrungen als Wähler. Um sich ein Bild zu machen, bespricht er die Vorlagen aber jeweils mit den Eltern. Eine Abstimmung in der Klasse zeigt schliesslich: Eine knappe Mehrheit der Erst-Lehrjahr-Stifte ist gegen das Stimmrechtsalter 16.

Der Rektor des BWZ Lyss, alt Nationalrat Albrecht Rychen, findet die Überlegung hinter dem Vorschlag gut. «Junge sind heute früher reif und damit früher in der Lage, Entscheidungen zu treffen.» Allerdings hätten die meisten jungen Frauen und Männer in diesem Alter anderes im Kopf, gibt er zu bedenken. «Die meisten Jugendlichen in diesem Alter interessieren sich wenig für Politik.»

Sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sei nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass längst nicht alle Erwachsenen diese Pflicht wahrnehmen. Mehr als vom Stimmrechtsalter 16 verspricht sich Rychen von Ereignissen, wie beispielsweise dem Klimawandel, welche die Jugend politischer stimmen

könnten.

«Wenig Zeit und Lust»

Wenig politisches Interesse unter den Gewerbeschülerinnen und -schülern am BWZ Lyss also. Doch wo sind denn nun die engagierten Jungpolitiker zu finden? Das BT suchte weiter am Bieler Deutschen Gymnasium und traf drei 17-jährige Gymnasiasten. Von Politik-Begeisterung allerdings auch hier keine Spur. «Ich habe wenig Zeit und Lust, um mich über Politik zu informieren», sagt etwa Felix Brennecke. Und auch Delia Weber sagt, sie sei «mit vielem anderem beschäftigt».

Mit 16 sei man politisch eben noch zu wenig gebildet, um mitreden zu können, findet Alena Hert. «Derzeit nehmen wir erst den Ersten Weltkrieg durch.» Zwar liegen im Gymnasium allherd Zeitungen auf, doch die drei Gymnasiasten schlagen sie selten auf. «Es wäre unsere Sache, uns zu informieren», meint Felix Brennecke. In der Politik würden eben nicht die Themen behandelt, welche die Jungen beschäftigten, ergänzt Delia Weber.

Dass politisch interessierte Jugendliche eine ziemlich kleine Minderheit seien, sieht auch SVP-Grossrätin Béatrice Struchen, Epsach. Das sei auch früher so gewesen. «Im Alter von 16 oder 18 Jahren war ich politisch gar nicht interessiert», sagt die Mutter zweier Jugendlicher im gleichen Alter. Ohne Zweifel würde es einige Interessierte geben, doch «in der Regel beteiligen sie sich nicht an der Politik.»

Interessierten nicht schaden

Dass viele Junge anderes im Kopf haben als Politik, bestreitet auch Jungsozialistin Nadine Masshardt nicht. «Aber man soll den Interessierten nicht schaden aufgrund jener, die kein Interesse haben.» Es gebe Studien, die belegten, dass Jugendliche durchaus auch an Politik interessiert seien, sagt sie. Gerade Themen rund um die Gerechtigkeit und Umwelt beschäftigten Teenager stark, sagt Masshardt. Einen Verdacht weist die junge Grossrätin allerdings weit von sich: «Ich habe die Motion sicher nicht gemacht, damit die Jusos mehr Zulauf erhalten.»

Alena Hert, Delia Weber und Felix Brennecke zeigen wenig Interesse an der Politik. Bild: Patrick Weyeneth

Stimm- und Wahlrecht

Die politischen Rechte in Bundessachen stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben (Art. 136 der Bundesverfassung).

Frauen haben das Stimm- und Wahlrecht seit 1971.

Stimm- und Wahlrecht ab 18 Jahren seit 1991.

Aktives Wahlrecht: Man kann jemanden wählen.

Passives Wahlrecht: Man kann selbst gewählt werden.

Wer in der Schweiz das Wahlrecht besitzt, hat sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht.

(tul)

Link: www.parlament.ch

Mehr politische Bildung

tul. Parallel zur Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 wurde im Grossen Rat eine Reihe von Forderungen rund um die politische Bildung eingereicht. Der Regierungsrat nimmt die Forderungen auf und findet, «dass der Staatskundeunterricht in der Volksschule und auf der Sekundarstufe II wirksamer werden muss», wie er schreibt. Schon im vergangenen Herbst hat die Erziehungsdirektion eine Umsetzungshilfe zur politischen Bildung an der Volksschule herausgegeben. Diese bietet vertiefte Informationen zur Bedeutung und zur Aufgabe der politischen Bildung, zu den Lehrplaninhalten und zu den Umsetzungsmöglichkeiten auf allen Stufen. Zudem erscheint in den nächsten Wochen ein Ordner «Politik und Demokratie - leben und lernen». Das Lehrmittel wurde gemeinsam mit anderen Kantonen entwickelt. Für angehende Lehrerinnen und Lehrer prüft die Erziehungsdirektion die Einführung einer speziellen Lehrveranstaltung zum Thema Politik. Schliesslich baut die

Fachhochschule Nordwestschweiz derzeit ein Internetangebot für Lehrpersonen und Studierende auf.

Link:www.politischebildung.ch